

Alles in allem enthält der Band sehr heterogene Beiträge, wie der weit gespannte Titel vermuten läßt. Erziehung und Bildung sind, so auch in der Einführung des Herausgebers, prominente Bereiche für die Frage der weltanschaulichen Entwicklung in der russischen Bevölkerung (außer den Genannten William A. James über Jesuitenschulen Ende des 18. Jahrhunderts; John Basil über die Russische Theologische Akademie und die Altkatholiken; Edward J. Lazzerini über Erziehung bei Muslimen nach 1905). Trotz einiger gelungener Aufsätze leidet der Band, wie Festschriften häufig, an einem Mangel inhaltlicher und methodischer Verklammerung.

*Stefan Plaggenborg, Jena*

Heiko Haumann/Stefan Plaggenborg (Hrsg.), *Aufbruch der Gesellschaft im verordneten Staat. Rußland in der Spätphase des Zarenreichs*, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 1994, 370 S., geb., 78 DM.

Der Gottfried Schramm zum 65. Geburtstag gewidmete Sammelband einer über viele Jahre im Freiburger Wirkungskreis des Geehrten tätigen Gruppe von Osteuropahistorikern und Slawisten vereinigt insgesamt 14 Beiträge. Diese konzentrieren sich auf die inneren Verhältnisse des Zarenreichs in den letzten Jahrzehnten seiner Existenz. Außenpolitische Fragen oder die Autokratie und ihren Staatsapparat im engeren Sinne betreffende Themen sind ausgespart; die Gesellschaft, ihre Fähigkeit zu politischer Initiative und Selbstorganisation, steht ganz im Vordergrund des Interesses. Dabei geht es um – so die beiden Herausgeber im Vorwort – die »Frage nach den wahrgenommenen und verpaßten Entwicklungschancen des Zarenreiches in seiner Endphase«, oder präziser noch, um ein Urteil, »welche Potentiale zur Erneuerung in Gesellschaft und Bürokratie verborgen lagen, wo sich Staat und Gesellschaft verbinden konnten, aber auch wo sich gleichsam die Sollbruchstellen befanden« (S. 9 f.).

Die Spannbreite der Themen reicht von den Minderheiten- und Nationalitätenproblemen in den Randzonen des Imperiums (Kaukasus, Ostkarelien, Galizien) – allein drei Beiträge behandeln die Lage der Juden im westrussischen Ansiedlungsgebiet – über die »Besitzmentalität« der Bauernschaft im Angesicht der Stolypinschen Reformen, das St. Petersburger Arbeitermilieu, die betriebliche Unfallversicherung bis hin zur Frauenbildung und der Antialkoholbewegung im Zarenreich. Zwei justizgeschichtliche Beiträge sowie ein kultur- und literaturhistorischer Essay über den »Mythos Petersburg« ergänzen die Themenpalette. Zum Schluß gibt Mitherausgeber Heiko Haumann am Ende seines Aufsatzes über das Verhältnis des russischen Unternehmerlagers zum Staatsapparat im Zeichen der Kriegswirtschaft nach 1914 ein deutendes Resümee, das als kurzgefaßte Synthese wohl nahezu aller Einzelbeiträge zu verstehen ist. Die Befunde der Autoren gleichen sich weitgehend und zeigen auf vielen Gebieten dasselbe Bild einer Fülle hoffnungsvoller Ansätze gesellschaftlicher Initiativen, die von der Staatsführung jedoch nicht oder allenfalls halbherzig aufgenommen, oft sogar gezielt behindert oder abgewürgt wurden. Der von Peter Lisse in seinem Aufsatz über das Schicksal der juristischen Gesellschaften von St. Petersburg und Moskau konstatierte »Mangel an produktiver Konfliktlösung« (S. 264) von seiten der Staatsgewalt, die Initiativen aus dem autonomen, d. h. staatsunabhängigen gesellschaftlichen Raum nicht als Bereicherung, sondern eher als Systembedrohung zu begreifen geneigt war, ist von durchaus allgemeiner Gültigkeit. Gesellschaft und Staat fanden sich ungeachtet verschiedener Ansätze nicht als Partner eines produktiven politischen Dialogs. Haumann thematisiert in seinem erwähnten kurzen Schlußresümee die so spezifisch russische Problematik der Trias »Staat – Gesellschaft – Volk« am Vorabend der beiden Revolutionen des Jahres 1917. Trotz aller Anläufe seit

den Tagen des ›narodničestvo‹ war der Abstand der Gesellschaft, d. h. der losen Gemeinschaft der Gebildeten und Besitzenden außerhalb des Staatsapparats, zu den Polen Volk und Staat letztlich gleich groß geblieben. Die Februarrevolution war das Werk des ›Volkes‹, das die ohnehin schwachen Kräfte der Gesellschaft in einem Moment traf, in dem sie sich dem Staate im Zeichen der nationalen Mobilisierung durch den Krieg wieder anzunähern begonnen hatten. Nachdem der alte Staat abgedankt hatte, wurde die Doppelherrschaft zwischen der Duma mit ihrer provisorischen Regierung und der Volksgewalt in Gestalt der lokalen Sowjets zum sinnfälligen Ausdruck einer labilen Schwebelage zwischen den gesellschaftlichen und populistischen Kräften Rußlands. Die Bol'seviki waren es, die durch entschlossenen Zugriff die entstandene innere Pattsituation zu ihren Gunsten zu nutzen verstanden und Rußlands Zukunft für ein dreiviertel Jahrhundert bestimmten.

Bei der Erörterung der Reformfähigkeit politischer Systeme der Vergangenheit gerät man nahezu unweigerlich in die russische Gegenwart von heute, bzw. der letzten Jahre. So ist der thematische Bogen dieses Sammelbandes, wie die Herausgeber im Vorwort zu Recht bemerken, »wieder brennend aktuell geworden«, insofern man in Rußland nach dem Zusammenbruch des Sowjetstaates Spurensuche nach jenen Zuständen betreibt, die einer Renaissance wert sein oder doch Orientierungshilfe in einer Zeit allgemeiner Verunsicherung leisten könnten. Wieder, wie zu Beginn dieses Jahrhunderts, ist die russische Intelligenz auf der Suche nach ›Wegzeichen‹ (vechi), nicht zuletzt solchen aus dem Fundus der eigenen Geschichte. Doch ist vor idealisierender Schönfärberei zu warnen: »Allen Romantisierern sei gesagt, daß die Suche nach Entwicklungschancen nicht gleichbedeutend ist mit der Wiederherstellung des Vergangenen, allen Apologeten der vorrevolutionären Zustände, daß das Zarenreich nicht zufällig untergegangen ist.« (S. 12)

*Manfred Zeidler, Dresden*

Karl Schlögel (Hrsg.), Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917–1941, C. H. Beck Verlag, München 1994, 448 S., Ln., 78 DM.

Etwa anderthalb Millionen Menschen haben nach der Oktoberrevolution Sowjetrußland bzw. die Sowjetunion verlassen: freiwillig, als militärisch Geschlagene, Flüchtlinge, Ausgewiesene. Menschen aller Klassen, namentlich jedoch die »Weißgardisten«, das Bürgertum, die bürgerliche Intelligenz wurden aus dem Land getrieben. Als Staatenlose vagabundierten sie durch die Welt. In den Worten eines Zeitgenossen: »In der Weltgeschichte gibt es keine in ihrem Umfang, ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer kulturellen Bedeutung mit der russischen Emigration vergleichbare Erscheinung« (S. 86). Wohin die Menschen zogen, wie sie lebten, wie sie ihr Leben organisierten, wie sie mit den Gastländern und ihren Bevölkerungen zurechtkamen, welchen Beitrag sie zur kulturellen Entwicklung der Gastländer leisteten, davon handelt dieser Band, der erste einer Trilogie aus dem Emigrations-Forschungsprojekt unter Leitung des Herausgebers, der hier selbst mit einem Beitrag über Berlin vertreten ist.

Von den rd. 600 000 russischen Flüchtlingen in Deutschland lebten 1923 360 000 in der Hauptstadt. Weder wurden sie an den Grenzen abgewiesen noch in Überprüfungsgefängnisse gesteckt – damals. Deutschland (Berlin) war besonders beliebt: Es gab verwandtschaftliche, kulturelle, akademische, publizistische Verbindungen, die den Aufenthalt erleichterten. Die ausgewiesenen und geflüchteten Sozialisten zog es zur SPD. Vor allem arbeitete Deutschland an der Revision der Nachkriegsordnung. Gleichgültig welcher politischer Couleur, das Ende der Bolschewiki sehnten alle Emigranten herbei. Ihr großer